

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

3.9.1929 (No. 204)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. S.
C. A. Seyfried
Karlsruhe

Bezugsspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabat, der als Klassenrabat gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Wafschwendbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Durchführung der Räumung
Der Sitz der Rheinlandkommission

Zur Zusammenfassung mit dem Notenwechsel über die Räumung der zweiten und dritten Rheinlandszone, wird amtlich in Berlin bekanntgegeben, daß der deutschen Regierung drei Anträge überwiesen wurden, in denen Mitteilungen über die technische Durchführung der Räumung enthalten sind. Weiterhin enthalten diese Anhänge Mitteilungen über die vorläufige Abgrenzung der dritten Zone. Endlich ist noch dem Bunsche Ausdruck gegeben worden, daß in Frankreich und Belgien über eine Amnestierung derjenigen Personen verhandelt wird, die mit den französischen bzw. belgischen Truppen in Verbindung gestanden haben.

Von den Besatzungsmächten ist auch Mitteilung gemacht, daß die Rheinlandskommission ihren Sitz von Koblenz wegberlegen wird. Über den neuen Sitz der Rheinlandskommission ist von den Besatzungsmächten noch nichts mitgeteilt worden, jedoch darf angenommen werden, daß die Rheinlandskommission bis zur endgültigen Räumung sich in Wiesbaden niederlassen wird. Die Räumungsverhandlungen der Interalliierten Rheinlandskommission werden voraussichtlich keine Schwierigkeiten mehr bieten, da alles aus diesen Verhandlungen ausscheidet, was mit einer längeren Besatzung in Zusammenhang gebracht worden war.

Nach dem Abzug der Besatzungstruppen werden deutsche Schutzpolizisten in das Gebiet einziehen, und zwar gemäß den Abmachungen, die im vorigen Jahre mit der deutschen Regierung über die Zahl und Verteilung der deutschen Schutzpolizei getroffen worden sind.

Die englische Räumungsaktion

Über Vorbereitungen der Engländer für die bevorstehende Räumungsaktion ist zur Zeit noch nichts Bestimmtes bekannt. Wie jedoch berichtet wird, sind sie im Begriff, einen genauen Räumungsplan aufzustellen, der in diesen Tagen mit den deutschen Behörden besprochen werden soll. Nach Aufstellungen von unterrichteter Seite hat es den Anschein, als ob die ganze aus 6000 Mann Militär und 4000 Familienangehörigen bestehende englische Besatzungsarmee möglichst beschleunigt zurückgezogen werden soll. Die Reihenfolge der Räumung ist ebenfalls noch nicht festgesetzt worden; man nimmt jedoch an, daß Hünfelden und Schwalbach in erster Linie geräumt werden. Über die Absichten der noch in Wiesbaden weilenden französischen Besatzungsangehörigen, die dort etwa 80—100 Wohnungen innehaben, ist nichts bekannt. Es kann also noch nicht gesagt werden, ob sie gleichzeitig mit den Engländern Wiesbaden verlassen, oder bis zur Räumung der dritten Zone durch die Franzosen dort bleiben wollen.

Der „Vorwärts“ meldet aus Brüssel: Amtlich wird mitgeteilt, daß in Durchführung der Haager Beschlüsse die belgischen Truppen im Rheinland zum Teil Mitte September und zum anderen Teil Anfang Oktober das Rheinland verlassen werden. Ende November dürfte die Räumung des deutschen Gebiets durch die belgischen Truppen vollzogen sein.

Englische Stimmen

W.B. London, 3. Sept. (Tel.) Der Sonderkorrespondent der „Times“ in Wiesbaden berichtet seinem Blatt, bei der dortigen Bevölkerung werde das Gefühl der Befriedigung über den Abmarsch des britischen Besatzungsheeres durch die Nachricht getrübt, daß die interalliierte Rheinlandkommission demnächst aus Koblenz nach Wiesbaden verlegt werden soll. Das bedeute, daß auch weiterhin fremde Truppen in Wiesbaden verbleiben dürften. Die Stadt sehe daher jetzt das britische Heer abziehen und werde trotzdem nicht von der Anwesenheit fremder Truppen befreit. Die deutschen Badegäste würden auch in Zukunft fernbleiben. Wiesbaden blühe dem verbleibenden Zeitraum der Besetzung mit Verlangen entgegen.

Auch der Wiesbadener Korrespondent der „Morning Post“ betont, daß die beabsichtigte Verlegung der Rheinlandkommission nach Wiesbaden dort als eine ausgesprochene Verschlechterung der Lage betrachtet werde.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meint, die Haager Konferenz habe es unterlassen, die Stadt zu bestimmen, nach der die Oberkommission verlegt werden soll. Nach seiner Ansicht komme Wiesbaden dafür nicht in Frage, da es nach dem Abmarsch der britischen Garnison nicht gut von den Franzosen von neuem besetzt werden könne. Als Sitz der Kommission müsse eine Stadt ganz in der Nähe der französischen Grenze gewählt werden, z. B. Trier oder Kaiserslautern, oder auch eine Stadt im Saargebiet. Die Lösung dieser Frage müsse umgehend von Deutschland und den alliierten Mächten in Angriff genommen werden.

Guilleaumat und der Reichswehrmarsch

Der „Vorwärts“ erzählt folgendes „wahrheitsgemäße“ von der Haager Konferenz: Es war in einer der ersten Verhandlungen, die Briand über die Räumung des Rheinlandes in Haag führte. Der französische Ministerpräsident ließ durchblicken und verhängte sich dabei hinter dem Urteil des Generals Guilleaumat, daß die Räumung des Rheinlandes lange Zeit beanspruche. „Was wollen Sie“, so sagte Briand, „sind die Militärs. Wie wäre es, wenn Sie einige Ihrer Militärs zur Lösung dieser Frage nach dem Haag kommen ließen, die Erfahrung in der Truppentransportfrage besitzen?“ Scheidemann nahm ihn beim Wort. Auf eine telegraphische Aufforderung der deutschen Delegation hin wurde vom Reichswehrministerium der Leiter der Transportabteilung nach dem Haag entsandt. Dieser rechnete sehr bald aus, daß die 50 000

Letzte Nachrichten

Kebl gehört zur dritten Zone

Eine Londoner Falschmeldung

M. Berlin, 3. Sept. (Priv.-Tel.) „Daily Telegraph“ behauptete heute früh in einer Meldung, die auch in Deutschland verbreitet worden ist, daß der Kehler Brückentopf nicht in die Räumung einbezogen worden sei. Wie wir dazu an zuständiger Berliner Stelle erfahren, gehört der Brückentopf von Kebl selbstverständlich zur dritten Zone, und fällt auch unter die im Haag getroffenen entsprechenden Vereinbarungen.

Die heutige Sitzung des Reichskabinetts

Das Haager Ergebnis — die Arbeitslosenversicherung
M. Berlin, 3. Sept. (Priv.-Tel.) Die heutige Sitzung des Reichskabinetts ist auf nachmittags verschoben worden. Die Frage der Arbeitslosenversicherung steht nicht auf ihrer Tagesordnung. Es ist also anzunehmen, daß allein eine Besprechung des Haager Ergebnisses stattfinden wird. An der Sitzung wird auch Reichsaussenminister Dr. Stresemann teilnehmen, der voraussichtlich über den Haag einen Bericht erstatten wird. Er wird abends 8.50 Uhr von Berlin nach Genf abreisen.

Bemerkenswert ist, daß nun offiziell Meinungsverschiedenheiten zwischen den Zentrumsmministern in der Haager Frage dementiert werden. In den Haager Besprechungen ist übrigens die Frage der Reichsbahn so weitgehend geklärt worden, daß das Organisationskomitee nicht mehr viel zu tun haben wird. Dagegen haben sich erhebliche Schwierigkeiten bei den Besprechungen über die Reichsbahn herausgestellt, und es wurde notwendig, dem Kommissar für Eisenbahnen, Lefebvre, deutsche Gewerkschaftsführer als Sachverständige gegenüberzustellen, um ihm einen Einblick in die tatsächliche Sachlage zu geben.

Heute nachmittag treten die Reichsratsausschüsse zusammen, die sich auch mit der Frage der Arbeitslosenversicherung reform beschäftigen werden. Morgen vormittag findet eine Besprechung der Führer der Regierungsparteien und ihrer Sachverständigen statt. Am Nachmittag ist Beratung im Plenum des Reichsrats, und am Donnerstag tritt der Sozialpolitische Ausschuss zusammen.

Beginn der Saarverhandlungen

Mitte September

W.B. Paris, 3. Sept. (Tel.) „Ami du Peuple“ meldet aus Genf, die auf der Haager Konferenz in Aussicht genommenen diplomatischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über die Saarfrage würden am 15. September aufgenommen werden.

Briands „Europäische Arbeitsgemeinschaft“

Zusammenarbeit der europäischen Völkerverbundsstaaten
W.B. Paris, 3. Sept. (Tel.) Über die seit längerer Zeit für die jetzige Völkerverbundsversammlung angekündigte Initiative Briands zugunsten eines engeren Zusammenchlusses der Staaten Europas berichtet der Genfer Korrespondent des „Petit Parisien“:

Briand erblickt die logische Fortsetzung der von ihm seit Locarno getriebenen Politik in der Schaffung nicht etwa der Vereinigten Staaten von Europa, wie man in ungenauer Formulierung behauptet habe, sondern in einer europäischen Arbeitsgemeinschaft, einer Art europäischen Sektion des Völkerverbundes, deren Tätigkeit hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiet liegen würde. Briand gibt sich selbstverständlich keinen Illusionen hin und rechnet nicht für morgen mit der Gründung einer Art europäischen Reichstags. Er weiß genau, daß die Bewirklichung seines Ideals Zeit erfordert. Für heute will er nur jedem europäischen Staat raten, der Frage näherzutreten und vielleicht einen Vertreter zu ernennen, der zusammen mit denen der übrigen europäischen Staaten prüfen sollte, auf welcher wirtschaftlichen Grundlage eine Verständigung aufgebaut werden könnte.

Durchsicherungen bei der Verwaltung des beschlagnahmten Eigentums in England

W.B. London, 3. Sept. (Tel.) „Daily Mail“ berichtet von ersten Berichten, die über das angebliche Durchsichern von Informationen aus der Vermittlungsstelle für das beschlagnahmte Eigentum der ehemaligen feindlichen Länder im Umlauf sind. Es heißt, daß sich gewisse Personen um Tausende von Pfund bereichert haben, und daß Aktienpatente unter ihrem wirklichen Werte verkauft worden sind. Informationen über beschlagnahmte Verkäufe sollen gegen hohe Summen an Makler verschachert worden sein. Das Handelsamt verweigert jede Auskunft.

Franzosen innerhalb von 4 Wochen heimbeordert werden könnten. Als aber dieses Ergebnis Briand mitgeteilt wurde, hütelte er sich wohl, die von ihm selbst ursprünglich gewünschte Konfrontierung zwischen dem französischen General und dem Vertreter der Reichswehr herbeizuführen, weil diese doch schließlich hätte zu peinlich werden können.

Die deutschen Kolonien in fremden Ländern

Zur „Zweiten Tagung des Auslandsdeutschtums in der Heimat“ in Berlin wird uns geschrieben:

Der Weltkrieg und die Nachkriegsjahre haben tiefgreifende Umwälzungen auch für das Auslandsdeutschtum der deutschen Kolonien an ausländischen Handels- und Verkehrsplätzen mit sich gebracht. Einmal ist ihre wirtschaftliche Kraft durch die Liquidationsmaßnahmen des ehemals feindlichen Auslandes und durch den in den neutralen Ländern gegen Deutschland geführten Wirtschaftskrieg schwer getroffen worden. Zum anderen aber ist durch die Belastungen, die der Versailler Vertrag und seine Folgen der deutschen Wirtschaft auferlegt haben, ihre Bedeutung für die deutsche Ausfuhrindustrie und den deutschen Ausfuhrhandel um vieles größer geworden. Die Kräfte sind geschwächt, aber den verminderten Kräften ist eine bedeutend gesteigerte Aufgabe gestellt worden.

Die Aufgabe, welche diese Auslandsdeutschen für die Heimat zu erfüllen haben, liegt zunächst in der Wahrnehmung der Interessen der deutschen Wirtschaft in denjenigen Ländern, in denen sie trotz der ihnen bei den veränderten Verhältnissen entgegenstehenden Schwierigkeiten wieder Wirkungsmöglichkeiten gefunden haben. Hier ist zunächst auf die Arbeit des deutschen Auslandskaufmanns hinzuweisen. Er ist der Außenposten der deutschen Wirtschaft. In allen Ländern der Welt fehlt er seine ganze Kraft daran, der deutschen Wirtschaft ihre alten Absatzmärkte wiederzugewinnen und ihr neue zu erschließen. Aber nicht nur der Auslandskaufmann, den man als das Rückgrat der deutschen Kolonien im Auslande bezeichnen kann, alle ihre Glieder, mögen sie Gewerbetreibende, Handwerker oder Angehörige freier Berufe sein, sind Vermittler... und Werber für die deutsche Ware. Diese enge Verflechtung der deutschen Kolonien im Auslande in die Interessen der deutschen Binnenwirtschaft bildet die starke Sicherung für ihre Verbundenheit mit der deutschen Heimat überhaupt, ihren Nutzen und Hoffnungen. Und daran schließt sich als selbstverständliche Folge, daß sie auch kulturell und geistig mit Deutschland eng verwachsen sind. Es ist kein Lob, wenn man diese Tatsache feststellt. Nur wo die Voraussetzung der wirtschaftlichen Interessenverbundenheit erfüllt ist, ist eine über das bloße Gefühl der Heimzeugung hinausgehende, tätige Verbundenheit mit einem Volkstum möglich und denkbar.

Aus dieser wirtschaftlichen und politischen Interesseneinstellung und der ihr zwangsläufig folgenden kulturellen Verbundenheit zur Heimat ergibt sich aber für das Wirken der deutschen Kolonien im Auslande noch ein Weiteres: Sie sind in hervorragendem Maße Wegbereiter und Werber deutscher Kultur unter den fremden Völkern, in deren Mitte sie leben. Seit vielen Jahren bildet die Frage der Propaganda ein wichtiges Thema in allen Ländern. Frankreich, Italien, die Schweiz, Polen, die Tschechoslowakei usw. haben sich große Organisationen geschaffen zu dem ausgesprochenen Zweck, in propagandistischer Weise Wollen und Wirken ihrer Völker der Welt zu verdeutlichen. Nicht immer sind die Wege dieser Propaganda gerade und eindeutig, und man könnte wohl die Frage aufwerfen, ob nicht letzten Endes die Propaganda als gewollter Zweck einen Mangel an Aufrichtigkeit in sich schließt. Ganz anders verhält es sich mit einer Propaganda, die — wie bei den Auslandsdeutschen — unbezweckte Folge ihres Wirkens und ihrer mannigfachen Verührungen mit dem Gastvolke ist, wie sie die international verzweigte Arbeit im Auslande ständig mit sich bringt. Mittel der Werbung für Deutschland, die deutsche Sprache und deutsches Geistesleben sind besonders die kulturellen Einrichtungen der deutschen Kolonien, an erster Stelle aber die deutsche Schule, die in allen deutschen Kolonien auch Kinder des Gastvolkes und Jünglinge anderer Nationalität auszubildet.

Soll das Deutschtum der deutschen Kolonien im Auslande die ihm zufallende wirtschaftspolitische und kulturpolitische Mission erfüllen, so kommt unendlich viel darauf an, daß seine Aufgaben auch in der Heimat genügend klar erkannt werden. Es ist eine große Tat der Auslandsdeutschen, daß sie sich heute in fast allen Teilen der Welt zur Wiederaufbauarbeit eingestellt und zusammengegeschlossen haben. Aber der deutschen Heimat ist es längst noch nicht genügend bewußt geworden, daß dort draußen ein Stück von Deutschland an dem Aufbau und Ausbau des neuen Deutschlands arbeitet, und daß es notwendig ist, diese Mitarbeit von der Heimat aus zu unterstützen. Aus der tätigen Vereinstätigkeit der deutschen Kolonien im Auslande erwacht ihr die dringende Verpflichtung, die Fühlungnahme mit diesen Auslandsdeutschen und die Rücksichtnahme auf ihre Lebensbedürfnisse und Interessen zu einem der wichtigsten Gesichtspunkte ihrer Maßnahmen und Entscheidungen zu machen. Das gilt nicht minder für die Reichsregierung, den Reichstag und die politischen Parteien wie für die deutsche Wirtschaft. Es ist ein Verdienst der maßgebenden Wirtschaftskreise, daß sie nach dem Kriege niemals davor zurückgeschreckt sind, sich mit den brennenden Fragen der Gegenwart, und nicht nur rein wirtschaftlichen, sondern auch solchen politischer, sozialer und kultureller Natur, auseinanderzusetzen, auch wenn sie zunächst nicht zu ihrem Reich zu gehören schienen. Doppelt groß muß die Verpflichtung der Wirtschaft sein, sich für die Vertiefung der Verbindungen zu den deutschen Kolonien im Auslande einzusetzen und die Arbeit für dieses Auslandsdeutschtum zu fördern, weil es zunächst und unmittelbar um ihre eigenen Interessen geht.

Als heimische Geschäfts- und Vertrauensstelle der deutschen Kolonien im Auslande hat in Deutschland namentlich der am 18. August 1919 von verdrängten Auslandsdeutschen gegründete Bund der Auslandsdeutschen seine Tätigkeit in ihren Dienst gestellt. 75 Landesgruppenorganisationen deutscher Kolonien bzw. einzelne deutsche Vereine, Verbände, Schulen, oder Kirchengemeinden und andere Institute aus nunmehr 41 fremden Ländern sind in ihm bereits organisiert. Der Bund der

Auslandsdeutschen will ein Doppelt: In Deutschland die besonderen Forderungen und Wünsche der deutschen Kolonien bei den Behörden und parlamentarischen Körperschaften und in der deutschen Öffentlichkeit vertreten, gleichgültig, ob es sich dabei um kulturelle oder allgemein politische oder wirtschaftliche Fragen handelt, und in der deutschen Öffentlichkeit Werberarbeit für die deutschen Kolonien im Auslande leisten.

Dem einen wie dem anderen sollen besonders auch die Tagungen des Auslandsdeutschtums in der Heimat dienen, wie sie der Bund der Auslandsdeutschen bereits im Jahre 1925 in Berlin und unter Beschränkung auf die deutschen Kolonien an europäischen Plätzen im Jahre 1927 in Dresden und Leipzig veranstaltet hat. Wie diese Tagungen will auch die diesjährige „Zweite Tagung des Auslandsdeutschtums in der Heimat“, die vom 31. August bis 5. September in Berlin, Magdeburg und Goslar stattfindet, den Delegierten deutscher Vereine und Verbände im Auslande die Möglichkeit bieten, ihre Wünsche unmittelbar an die Heimat zu richten. Zugleich soll sie als Appell an alle Schichten des deutschen Volkes wiederum auf die Bedeutung eines geschlossenen und der Heimat festverbundenen Auslandsdeutschtums hinweisen.

Im Plenarsaal des ehem. Herrenhauses in Berlin fand am Sonntag die Eröffnung der Arbeitstagung des Bundes der Auslandsdeutschen statt.

Nach Vordrängen begrüßte der Präsident des Bundes, Gouverneur z. B. Dr. Schner, die Erschienenen. Der Redner hob hervor, daß aus allen Erdteilen Vertreter deutscher Vereine und Verbände erschienen seien. Eine härtere Verbindung zwischen Auslandsdeutschtum und Heimat liegt im deutschen Gesamtinteresse. — Rechtsanwalt Dr. Scherrieh, Vertreter des deutschen Vereins in Brüssel, betonte u. a., solange wir unsere Kolonien entbehren müßten, müßten wir versuchen, durch Verträge mit anderen Völkern diejenigen wirtschaftlichen Wirkungen zu erreichen, die wir erzielen würden, wenn wir im Besitz von Kolonien und damit einer überseeischen Rohstoffbasis, Absatzgebieten und Siedlungsland wären. Der Vertreter der „Deutschen Zentrale in Cleveland (Ohio), Felix Schmidt, führte aus, wenn je eine umfassende Einigung aller deutschen Kulturinteressen erreicht werde, dies nur durch das Auslandsdeutschtum geschehen könne. — In der sich an die Vorträge anschließenden Debatte wurde eine Reihe von Entschlüssen angenommen.

Die innere Lage Österreichs

Seipel für Verfassungsreform

W.D. London, 3. Sept. (Tel.) „Daily Telegraph“ veröffentlicht ein Interview seines Wiener Korrespondenten mit dem normalen Bundeskanzler und Führer der Christlich-Sozialen Partei Österreichs, Dr. Seipel, in dem dieser zwar nicht die Möglichkeit eines Konfliktes leugnet, jedoch der Überzeugung Ausdruck verleiht, daß eine gründliche Reform der österreichischen Verfassung ohne Blutvergießen durchgeführt werden kann.

Auf die Frage des Korrespondenten, ob diese Bewegung nicht ein Versuch sei, die Sozialisten unter Androhung einer Heimwehraktion zu zwingen, die notwendige Zweidrittelmehrheit zu gewahren, antwortete Seipel, er sehe keinen Grund, weshalb das zu einem Bürgerkrieg führen sollte. Im Gegenteil, alle Parteien schienen sich während der letzten Tage dem Gedanken anzupassen, daß eine Verfassungsreform dringend notwendig sei. Wenn die Sozialisten trotzdem die notwendige Zweidrittelmehrheit für Annahme eines Reformgesetzes abgeben sollten, so bestünden zwei Möglichkeiten: Der Landbund schlage für diesen Fall eine Volksabstimmung vor, deren Ergebnis die Sozialisten nicht ignorieren könnten. Er, Seipel, sei für eine sofortige Auflösung des Parlaments.

Zum Schluß erklärte Dr. Seipel, es würde unumgänglich sein, die Heimwehr und das republikanische Verteidigungskorps ohne Blutvergießen zu entlassen. Die Krankheit selbst müsse geheilt werden, nämlich die undurchführbare Verfassung und nicht nur die Symptome in Gestalt von bewaffneten Organisationen.

Die Bombenanschläge

Nach Auffassung Berliner Blätter handelt es sich sowohl bei den letzten Sprengstoffanschlägen in Lüneburg und Schleswig wie bei dem Anschlag auf das Reichstagsgebäude um die gleichen Täter, die auch ihre Schellenmaschine nach genau demselben Rezept verfertigt haben. Es ist festgestellt, daß die Täter an der Wasserlinie über schnellfahrende Automobile verfügen und so in der Lage sind, überraschend an den verschiedensten Orten aufzutreten. Der Verdacht habe sich bereits auf bestimmte Personen zusammengezogen, die gegenwärtig auf das schärfste kontrolliert werden. Die Gesamtuntersuchung aller Bombenanschläge wird jetzt zentral von den Berliner Untersuchungsbehörden aus geleitet.

In einer Konferenz, die am Montag im preussischen Ministerium des Innern stattfand, wurde mitgeteilt, daß die Täter mit dem Anschlag offenbar die Absicht verfolgten, eine politische Demonstration zu veranstalten, nicht jedoch dem Parlamentsgebäude einen ernstlichen Schaden zuzufügen. Die Bombe war nämlich so konstruiert, daß ihre Wirkung in erster Linie in die Höhe gehen mußte, wie dies tatsächlich geschehen ist, so daß der Druck der Gase nur einige Fensterscheiben zertümmerte.

Aus dem Attentat soll jetzt die Lehre gezogen werden, daß die Bewachung des Reichstagsgebäudes noch verstärkt werden muß. Ein Aufruf des Berliner Polizeipräsidenten an die Bevölkerung und die Aussetzung einer Belohnung von 25 000 Mk haben dazu geführt, daß sich zahlreiche Personen, die Beobachtungen gemacht zu haben glauben, gemeldet haben.

Das Handwerk zum Volksbegehren betr. Youngplan

Die Verbände des Reichsverbandes des deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbelammergebietes haben in Berlin auf einer gemeinschaftlichen Sitzung für die Handwerks- und Gewerbelammergebietes für die Fachverbände und die übrigen im Reichsverband des deutschen Handwerks vereinigten Vertretungen des Handwerks den Beitritt zum Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren mit der Begründung abgelehnt, daß die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Youngplans eine rein politische Angelegenheit sei, die über die Zuständigkeit der beruflichen Vertretungen des Handwerks hinausgehe.

Diese Stellungnahme der Spitzenverbände des deutschen Handwerks deckt sich, wie der „Amil. Kreuz. Pressebericht“ dazu bemerkt, mit dem Standpunkt, den der preussische Handelsminister in einer vor kurzem getroffenen Entscheidung eingenommen hat, daß öffentlich-rechtliche Körperschaften des Handwerks keinen Verbänden angehören dürfen, die über die Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen hinaus sich allgemein politisch betätigen und die parteipolitische Neutralität verletzen.

In Sentenberg starb der Generaldirektor der Hse-Bergbau-AG, Geh. Kommerzienrat Dr.-Ing. Schumann, im Alter von 69 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalles.

Die Fahrt des „Graf Zeppelin“

Umwege wegen ungnädiger Witterung

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat am Montagnachmittag, um schlechtem Wetter auszuweichen, südlicheren Kurs eingeschlagen. Es befand sich heute früh 5 Uhr (mitteleuropäische Zeit) auf 36,15 Grad Nord und 21,15 West, also westlich der Insel Madeira. Man konnte also annehmen, daß es den Weg über Gibraltar nehme. Das Luftschiff hat aber dann seinen Kurs wieder nördlich genommen. Um 9 Uhr vorm. (mitteleuropäische Zeit) befand es sich auf 37,30 Grad Nord und 15,30 Grad West mit dem Kurs auf Cap Finisterre (Nordspanien).

Zum Empfang des Luftschiffs „Graf Zeppelin“

Zum Empfang des „Graf Zeppelin“ wird als Vertreter der Reichsregierung Reichsverkehrsminister Dr. Stegerwald in Friedrichshafen eintreffen. Er wird begleitet sein von folgenden Herren des Reichsverkehrsministeriums: Staatssekretär Gumbro, Ministerialdirigent Brandenburg und Ministerialdirektor Wählig-Hofmann. Außerdem haben der amerikanische und der japanische Botschafter in Berlin ihre Teilnahme zugesagt.

Die 10. Völkerbundsversammlung

Die Konstituierung

Die Völkerbundsversammlung in Genf hat am Montag den langjährigen Völkerbundsdelegierten von San Salvador, Guerrero, mit 43 von 51 Stimmen zum Präsidenten gewählt.

Am Montagnachmittag hat sich die Völkerbundsversammlung konstituiert, d. h. ihre Kommissionen eingesetzt und die Geschäfte der Tagesordnung auf sie verteilt. Als Präsidenten der sechs ordentlichen Kommissionen sind gewählt worden: 1. Kommission für Rechtsfragen: Scialoja, 2. technische Organisation: Rotta, 3. Abrüstungsfragen: Benesch, 4. Budget: Graf Nolte (Dänemark), 5. soziale und humanitäre Fragen: O'Sullivan (Irland) und 6. politische Fragen: Janfon (Belgien). Zum Präsidenten der Vorschlagskommission wurde der indische Hauptdelegierte Habib Allah gewählt. Die Kommissionsvorsitzenden sind zugleich Vizepräsidenten der Versammlung, zu denen noch sechs weitere direkt gewählte Vizepräsidenten kommen. Als solche wurden mit 36 bis 42 Stimmen gewählt: Bjand, Stresemann, Adatschi, Palodis (Schottland), Macdonald und der chinesische Hauptdelegierte Wu Tschao-tschu.

Macdonald über das Abrüstungsproblem

Der englische Premierminister Macdonald gab vor der internationalen Presse in Genf längere Erklärungen, deren Hauptinhalt das Abrüstungsproblem und die Fakultativklausel des Haager Statuts betrafen.

Macdonald betonte, daß besser als durch Millionenausgaben für Rüstungszwecke die Sicherheit sich durch eine ehrliche Verständigung unter den Völkern herbeiführen und festigen lasse. Verheißungsvolle Schritte für die Verwirklichung dieser Überzeugung seien überall vorhanden. Der Redner verwies in diesem Zusammenhang auf den Kelloggspakt und erklärte, die englische Regierung wolle daran mitarbeiten, ein solides Fundament für den Kelloggspakt zu errichten, um damit die internationale Friedensmaschine zu vervollständigen. Der Völkerbund könne stark gerüstet und trotzdem schwach sein; genieße er aber das Vertrauen der Völker, so würde er immer mehr eine internationale Macht darstellen. Und auf diesem Wege stelle der persönliche Kontakt unter den Staatsmännern, wie er regelmäßig in Genf erfolge, einen unendlichen Gewinn dar.

Macdonald kam dann auf seine Verhandlungen mit dem amerikanischen Botschafter in London, Dawes, zu sprechen, von denen er glaubt, daß die Hoffnung auf eine Verständigung berechtigt ist. Man dürfe aber nicht annehmen, daß bei diesen Verhandlungen das Abrüstungsproblem als englisch-amerikanisches Problem behandelt werde. Gwober sowohl wie er seien bestrebt, das gesamte Abrüstungsproblem auch im Hinblick auf die übrigen Staaten zu berücksichtigen. In diesem Sinne wäre die englisch-amerikanische Verständigung gleichzeitig eine Erleichterung für die Arbeiten des Völkerbunds.

Der Amtliche Britische Funkdienst veröffentlicht eine Erklärung des englischen Außenministers Henderson, in der dieser die Ansicht äußert, daß die gegenwärtige Genfer Tagung die wichtigsten bisher abgehaltenen Tagungen darstellen werde. Zum erstenmal seit August 1914 könne heute gesagt werden, daß der Krieg tatsächlich zu Ende ist. Solange fremde Truppen auf deutschem Boden standen, konnte dies nicht gesagt werden. Wenn die vergangenen Genfer Tagungen unter dergleichen Hindernissen erreichen konnten, was sie erreicht haben, wird es den gegenwärtigen und den künftigen Tagungen möglich sein, zur Verwirklichung der Ideale, für die der Völkerbund geschaffen wurde, noch größere zu leisten.

Reichsernährungsminister Dietrich spricht beim Jungdeutschen Orden

Die Großhalle Sächsen des Jungdeutschen Ordens veranstaltete in Dresden eine mitteldeutsche Kundgebung, die am Samstagabend durch eine wirtschaftspolitische Konferenz eingeleitet wurde. Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete am Sonntagmittag eine Kundgebung im Zirkusgebäude, das mit schwarz-rot-goldenen und schwarz-weiß-roten Fahnen, sowie den sächsischen und Dresdener Farben geschmückt war.

Nach einer Rede des Ordenshochmeisters Wabraun, der in den Vordergrund den Kampf gegen die internationale Plutokratie stellte, ergriff Reichsernährungsminister Dr. Dietrich das Wort. Er unterstrich die Notwendigkeit, das Einigende hervorzuheben und das Trennende zurückzustellen. Der Minister ging sodann auf die Bauernfrage ein und beklagte sich, daß die Notlage der Landwirtschaft vielfach unter dem Gesichtspunkt reiner Schlagmotive behandelt werde. Nach der Zerrümmung der österreichisch-ungarischen Monarchie hätten die Deutschen in ganz Europa heimgefunden und wären in Berlin ihre Zentrale. Auch die innerpolitischen Gegensätze müßten aufhören. Im Jungdeutschen Orden erblickte er, so erklärte der Minister, eine Schar deutscher Männer, die dazu geschaffen seien, die Kraft ihrer Ideen in die Tat umzusetzen und zu verwirklichen. Begrüßungstelegramme hatten u. a. gesandt Reichsverkehrsminister Stegerwald, die früheren Reichsminister Dr. Müller und Koch-Weser sowie die sächsischen Minister Richter und Weber.

Die Reichsbezüge für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats August auf 154,0 gegenüber 154,4 im Vormonat. Sie ist sonach um 0,3 v. H. zurückgegangen. Dieser Rückgang ist im wesentlichen auf das saisonmäßig bedingte Nachgeben der Preise für Kartoffeln und Gemüse zurückzuführen.

Die evangelische Kirche in Preußen

Die Verhandlungen des preussischen Staates mit den evangelischen Kirchen zwecks Abschluß eines dem Kontrakt gleichwertigen Vertrages haben, wie aus Berlin berichtet wird, weitere gute Fortschritte gemacht. Beide Verhandlungspartner haben über die Hauptdinge, nämlich die politische Klausel und die Erhöhung der Dotationen bzw. Neuregelung der kirchlichen Gehälter, detaillierte Vorschläge ausgearbeitet, die augenblicklich gegenseitig geprüft werden. Bereits in nächster Zeit, vielleicht noch in dieser Woche, wird in einer gemeinsamen Sitzung das Ergebnis dieser Prüfung festgestellt. Es ist nach wie vor der Wille zur Annäherung vorhanden, und man glaubt, daß der Vertrag in absehbarer Zeit perfekt werden wird.

Die Mohammedaner und die Palästinafrage

In Bombay beschloß der örtliche mohammedanische Ausschuß für morgen eine Massenversammlung der Mohammedaner in Bombay. Die mohammedanischen Führer fordern die Regierung dringend auf, die Palästinafrage mit der britischen Regierung und dem Völkerbund zu verhandeln.

In einer Antwort des arabischen Völkergemeinschaftsausschusses in Jerusalem auf die Proklamation des Oberkommissars wird der Regierung vorgeworfen, daß britische Truppen Araber in ihren Betrieben erschossen hätten, und daß die Unruhen in Palästina eine Folge der britischen zionistischen Politik seien.

Die Überschwemmungskatastrophe in Indien

W.D. London, 3. Sept. „Daily Telegraph“ berichtet, daß die Meldungen über die großen Überschwemmungen in Sind und anderen Gegenden die zur afghanischen Grenze immer enger werden. Niedrige Ströme sind bereits überflutet, und bereits auf dem Wege der vorrückenden Wasserflächen liegen zahlreiche wichtige Städte und Dörfer. Die Regierung von Bombay steht nicht nur der Aufgabe des Abtransportes, sondern auch der Unterbringung und Ernährung der Hunderttausende von Menschen gegenüber, die von Panik ergriffen, aus den bedrohten oder bereits überschwemmten Gebieten fliehen. Alle verfügbaren Truppen, sogar die Insassen der Gefängnisse, werden zur Befestigung der Dämme und Ufer herangezogen.

Kurze Nachrichten

Die heftige Deutsche Volkspartei an Dr. Stresemann. Der geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei in Gelsen hat nach einer Sitzung, in der Reichstagsabgeordneter Dingeldey berichtete, einstimmig beschlossen, an Reichsaussenminister Dr. Stresemann ein Telegramm zu senden, in dem diesem als Führer und Staatsmann für seine jahrelange Arbeit der Dank der Deutschen Volkspartei zum Ausdruck gebracht wird.

Steuerfreier Juder für Zucker. In seinem Bestreben, der Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit sowie den einzelnen Berufsgruppen in den sie besonders berührenden Ästen zu helfen, ist es dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dietrich gelungen, die Zucker noch in diesem Herbst in den Genuß der Steuerfreiheit des zur Viehfütterung benötigten Zuckers zu setzen. Der Reichsfinanzminister hat im Verfolg dieser Bestrebungen an die Landesfinanzämter die Weisung gegeben, daß den Zuckern auf Antrag für das Kalenderjahr 1929 Juder zur Viehfütterung in einer Menge von 5 Kilo für ein Vieheinheit unter bestimmter Voraussetzung steuerfrei abgelassen wird.

Ein jüdischer Trauertag. Auf Veranlassung der beiden orthodoxen Rabbinerverbände, der Misrachi-Zentrale und der Landesorganisation der Agudas Jisroel, wird der 4. September in allen jüdischen Gemeinden Deutschlands als Fast- und Trauertag begangen. Es finden an diesem Tage in allen Synagogen Trauertaggebungen wegen der blutigen Ereignisse in Palästina statt.

Warenausfuhrverbot im Vatikanstaat. Der Gouverneur der Vatikanstadt hat eine Verfügung erlassen, nach welcher jeglicher Export von Waren aus der Vatikanstadt strengstens verboten wird. Zuwiderhandlungen sollen mit einer Strafe von 15 000 Lira bestraft werden. Durch die Verfügung soll der Warenausfuhrhandel verhindert werden.

Kleine Chronik

Am Montag ist in Berlin das große Los in Höhe von 500 000 Mk gezogen worden. Es entfiel auf die Nummer 158 149. Die Besitzer, die es in der ersten Abteilung in Viertelteilen spielten, wohnen in Groß-Strehlitz in Oberschlesien. Die anderen Losinhaber, die die Glücksziffer in den zweiten Abteilung besaßen, spielten sie in Osteln und haben ihren Wohnsitz in Braunschweig.

Das Wahrzeichen der schweizerischen Bundeshauptstadt, der Bärengraben, wäre heinache Sonntag vormittag wiederum einmal der Schauplatz einer Tragödie geworden. Bei der Reinigung der Anlagen wurde einer der Bärenwärter von einer fünfjährigen Bärin überfallen und schwer verletzt.

Badischer Teil

Minister Dr. Kemmele bei der Karlsruher Polizei

Der Minister des Innern, Dr. Kemmele, besuchte diese Tage die Karlsruher Polizeikommandantur und richtete hierbei an die Beamten der Karlsruher Polizei, einschließlich des Landespolizeiamtes und der Polizeischule, eine Ansprache.

Der Minister hob zunächst die wachsende Anerkennung hervor, die sich die badische Polizei nicht nur in weiten Kreisen unserer einheimischen Bevölkerung, sondern auch außerhalb der Landesgrenzen erworben habe. Diese Wertschätzung gelte es festzuhalten und auszubauen im Interesse einer ruhigen und sicheren Entwicklung unseres Volkslebens. Noch seien im Innern nicht alle Schwierigkeiten überwunden, darum gelte es vor allem auch für die Polizei, als der berufenen Hüterin der öffentlichen Ordnung, auch in Zukunft auf dem Posten zu sein. Zwischen der Beamtenschaft der Polizei und dem Ministerium des Innern müsse auch weiterhin ein gutes, auf gegenseitiges Vertrauen aufgebautes Verhältnis bestehen. Wünsche und Beschwerden der Beamtenschaft sollten durch die Beamtenschaftsausschüsse oder Organisationen stets bei den zuständigen Stellen im Ministerium zur Sprache gebracht werden. Durch ein derartiges verständnisvolles Zusammenarbeiten

werde dieses Vertrauensverhältnis erhalten und gestärkt werden.

Polizeidirektor Dauter dankte dem Minister im Namen der Beamenschaft der Polizeidirektion und des Vorstandes der badischen Polizeischule für die Worte der Anerkennung und des Vertrauens. Die Polizeibeamten würden stets auf dem Boden der republikanischen Verfassung, sich ihrer besonderen Aufgaben im Dienste der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bleiben und ihre Pflicht, wie bisher, in vollem Maße erfüllen.

Der Minister ließ sich hierauf die neuangekommenen Polizeiamtswärter vorstellen; daran schloß sich eine Besichtigung der Polizeiamtswärterunterkunft.

Schulfeiern zur Heimkehr des „Zeppelin“

Der badische Minister des Kultus und Unterrichts hat, in Absprache mit anderen deutschen Unterrichtsverwaltungen, angeordnet, daß die Schulen, die zur Zeit keine Ferien haben, am Tage der Rückkehr des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ nach Deutschland oder am nachfolgenden Schultage in Schulfeiern die Leistung und Bedeutung des Weltfluges und den Erfolg deutscher Arbeit würdigen. Nach der Feier ist schulfrei.

Kauf von unseren badischen Blinden

Aus dem Kreis der badischen Blinden wird uns geschrieben: „Von einer angeblichen Blindenwerkstätte in Offenbach a. M. wird zur Zeit badischen Kaufmann die Ankündigung einer ihrer Vertreter angezeigt, die Bestellungen auf Blindenwaren, aber auch von Artikeln, die nicht von Blinden angefertigt seien, entgegenzunehmen soll. Wenn auch die Arbeitsbedürftigkeit der Blinden keine Landesgrenzen kennt, und die Förderung der Arbeitsmöglichkeit und des Warenabsatzes der vom Schicksal so schwer Bedrückten im allgemeinen soziale Pflicht ist, so scheint es doch angebracht darauf aufmerksam zu machen, daß die staatliche und freiwillige Blindenfürsorge von bestimmten Landesbezirken ausübt wird, die durch die leichte Überprüfbarkeit über die etwa bestehende Notlage am besten imstande sind, den individuellen Bedürfnissen der zu betreuenden Blinden gerecht zu werden.“

Diese Unterstützung kann billigerweise nur eine Hilfe zur Selbsthilfe sein; denn gerade die badischen Blinden haben sich im hohen Vertrauen auf ihre eigene Kraft zu einer „Ein- und Verkaufsgenossenschaft badischer Blinden e. G. m. b. H. Karlsruhe“ zusammengetan, deren Lager und Geschäftsstelle sich in Karlsruhe, Kriegsstraße 200/202 befindet; den Kleinverkauf von Blindenwaren der Genossenschaft hat der Vorstand des Karlsruher Blindenvereins, Wilhelm Boos, Viktoriastraße 6, übernommen. Es ist deswegen nicht kleinstädtischer Partikularismus, wenn hier der Wunsch ausgesprochen wird: laßt euch von badischen Blinden und unterstützt auf diesem Wege unsere arbeitswilligen, aber arbeitsbeschränkten Landsleute, die, wenn es ihnen an Abfah ihrer einwandfrei gefertigten Arbeiten, namentlich Wärfenwaren fehlt, der öffentlichen Unterstützung anheimfallen müßten.“

Tagung der mittleren Beamten Deutscher Industrie- und Handelsvertretungen

In der Zeit vom 30. August bis 1. September hielt die Vereinigung der mittleren Beamten der deutschen amtlichen Industrie- und Handelsvertretungen mit Sitz in Düsseldorf in Konstanz ihre 10. Jahresversammlung ab. Der Geschäftsführer, Syndikus Dr. Rost (Duisburg), mahnte, ausgehend von der Problematik der Handelskammern, nicht zu vergessen, daß die Bedeutung der Handelskammern nicht in irgendwelchen Gesetzesparagrafen beruht, sondern allein in der lebenswichtigen Mitarbeit und im Vertrauen von Industrie und Kaufmannschaft sowie nicht zuletzt in der Güte der Leistung bei der Geschäftsführung.

Handelskammerpräsident Braun behandelte das Thema „Die wirtschaftliche Bedeutung des Rheinstromes nach dem Vertrage von Versailles“. Der Redner kam kurz auf den gewaltigen Rückschlag zu sprechen, den die Rheinschifffahrt durch den Krieg erlitten habe, und schilderte die wesentlichen die Rheinschifffahrt betreffenden und sie schwer schädigenden Bestimmungen des Versailler Vertrages. Anhand reichlichen und schlagkräftigen Zahlenmaterials wurde die katastrophale Lage der Rheinschifffahrt nachgewiesen, zu der in erheblichem Maße auch die Tarifpolitik der Reichsbahn beigetragen habe. Dann schilderte der Redner, welche großen schädigenden Wirkungen der Bau des linksrheinischen Seitenkanals für die oberbadischen rechtsrheinischen Gebiete haben würde. Ganz besonders günstige Wirkungen auf die Rheinschifffahrt versprach sich der Vortragende von dem Ausbau der Rheinstraße Basel-Bodensee als Kraftquelle und Großschiffahrtsweg. Auch die Regulierung der Bodenwasserstände, die ebenfalls bald durchgeführt werden soll, wird als sehr wichtig und notwendig bezeichnet.

Jungbluth (Koblenz) referierte über „Die Industrie- und Handelskammern als Verwaltungsstellen“, unter besonderer Berücksichtigung der Frage, ob sich der Ausbau der Handelskammern zu förmlichen Behörden empfehle. Der Referent kam zu der Schlussfolgerung, daß die Verleihung der förmlichen Behördenbefugnisse an die Industrie- und Handelskammern weder empfehlenswert noch förderlich sei. Die weiteren Referate beschäftigten sich in der Hauptsache mit Standes- und Berufsfragen.

Aus den Parteien

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat wegen des am Sonntag, den 14. Juli 1929, erfolgten Überfalls durch Kommunisten, wobei Mitglieder der Ortsgruppe Mannheim des Reichsbundes und der Marine- und Frontkrieger schwer mißhandelt und beraubt worden seien, eine kurze Anfrage an die Regierung gerichtet und um Auskunft über die in dieser Angelegenheit eingeleiteten Maßnahmen ersucht.

Der Landesvorstand der Deutschen Demokratischen Partei in Baden tagte zum erstenmal in seiner neuen Zusammenfassung am letzten Samstag in Offenburg. Die Beratungen betrafen die Tagesordnung des Ende Oktober in Mannheim und Heidelberg stattfindenden Reichsparteitages sowie Vorbereitungsarbeiten zur Landtagswahl. Im Anschluß an eine kurze Darlegung des Saager Konferenzergebnisses wurde folgende Entschließung gefaßt: „Die Deutsche Demokratische Partei in Baden stellt mit Gemutigung fest, daß die von der Reichsregierung verfolgte demokratische Außenpolitik dem deutschen Volk die langerehnte Befreiung von fremder Besetzung bringt, und freut sich dieses Erfolges insbesondere für das Gebiet der Stadt Rehl.“

Tagungen

Badischer Städtebund. Der 34. ordentliche Stadteitag des Badischen Städtebundes wird bekanntlich am kommenden Freitag und Samstag in Furtwangen abgehalten. Der erste Verhandlungstag bringt ein Referat des Bürgermeisters i. M. Weiß über Verwaltungsreform. Für den zweiten Tag ist ein Referat mit Bürgermeister Dr. Renner (Kastell) vorgesehen sowie die Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten.

55. Hauptversammlung des Deutschen Apothekervereins. In Heidelberg findet vom 9. bis 13. September die 55. Hauptversammlung des Deutschen Apothekervereins statt.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruhe und die Fahrt des „Graf Zeppelin“

Die große weltgeschichtliche Tat des „Graf Zeppelin“ und seine bevorstehende Rückkehr nach Friedrichshafen gibt der hiesigen Stadterverwaltung Anlaß, diese einzigartige Leistung deutschen Geistes und deutscher Arbeit auf ihre Weise gebührend hervorzuheben. Zu diesem Zwecke werden auch sämtliche städtischen Gebäude festlich besetzt werden. Die badische Staatsregierung hat bekanntlich Anordnung getroffen, daß alle staatlichen Gebäude flaggenstumm erhalten. Die Bevölkerung wird in einem öffentlichen Aufzug des Oberbürgermeisters erlucht, nach dem Eintreffen des Luftschiffes ihre Häuser gleichfalls zu besetzen.

Außerdem wird die Stadterverwaltung am Mittwochabend im Stadtgarten ein großes Gartenfest veranstalten, zu dem die gesamte Bevölkerung gegen ein einheitliches, ermäßigtes Eintrittsgeld von 20 Pf. (ohne Unterscheidung zwischen Inhabern von Dauerkarten und sonstigen Besuchern oder zwischen Erwachsenen und Kindern) Zutritt hat. Vorgesehen sind dabei Konzerte der Polizeikapelle (unter Leitung von Obermusikmeister Johannes Heßig), Gesangsvorträge, für die sich der Gesangverein Konfordia (unter Leitung seines Dirigenten, Rektor Karl Lehner) und der Gesangverein Vorwärts (unter Leitung seines Dirigenten, Hauptlehrer Joseph Fuchs) zur Verfügung gestellt haben. Zudem werden die Gartenanlagen bengalisch beleuchtet werden. Im Verlaufe des Abends wird der Oberbürgermeister durch Lautsprecher einige der Bedeutung der Feier entsprechende Worte an die Gartenbesucher richten.

Kartenvorverkauf ab heute, Dienstag, bei Stadtgarteneinnehmer Bronner. Am Festabend werden die familiären Eingänge in den Stadtgarten geöffnet sein. (Kassen werden an den beiden Nordeingängen, am Südeingang und am Eingang in der Ettlinger Straße — beim städtischen Gartenamt — geführt werden.)

Zunahme der Verkehrsunfälle. Die Zahl der Verkehrsunfälle wird, von Tag zu Tag größer. In der Hauptsache handelt es sich um Zusammenstöße mit Kraftwagen. Der Polizeibericht meldet heute nicht weniger als 12 solcher Fälle.

Messerstecherei. In der Nacht zum Dienstag kam es in der Waldhornstraße zu einer großen Schlägerei, bei der das Messer eine bedeutende Rolle spielte. Dabei erlitt ein Kraftwagenführer einen Unterschenkelstich, ein Kaufmann drei große Stiche in Rücken und Kopf, ein Polizier einen tiefen Oberarmstich und ein Musiker eine größere Kopfwunde. Der angelegte Haupttäter konnte einige Zeit später festgenommen werden.

Sommeropere. — Stadt. Konzerthaus. Der sensationelle Erfolg, den Herr Kammerjänger Robert Sutt von der Berliner Staatsoper als René in der Operette „Madame Pompadour“ hatte, hat die Direktion veranlaßt, den Künstler noch für zwei weitere Abende — Dienstag und Mittwoch — zu verpflichten. Es wird empfohlen, den Vorverkauf zu benutzen. Wie bereits mitgeteilt, hat die Sommeropere die Spielzeit bis einschließlich 13. September verlängert. In Vorbereitung befindet sich die Operette „Der liebe Augustin“ von Leo Fall.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das kontinentale Hochdruckgebiet scheint heute durch den von Nordwesten eingetretenen Teil hohen Druckes wieder neu gestiftet und wird unsere Witterung auch morgen noch beherrschen. Eine Änderung des bestehenden Witterungscharakters mit tagsüber hohen sommerlichen Temperaturen steht daher noch nicht bevor. Mit dem Hochdruckteil ist jedoch aus Nordwesten feuchtere Luft nach Deutschland gelangt, so daß wir mit Gewitterbildung rechnen müssen. **Wetterausblick:** Fortdauer des tagsüber sehr warmen und heiteren Wetters, Wärmegewitter.

Gemeinderundschau

Errichtung einer Viehhalle in Mosbach. Die Verhandlungen zwischen dem Verband der unterbadischen Flechtzuchtgenossenschaften und der Stadt Mosbach sind soweit gediehen, daß die neue Viehhalle in Mosbach gegenüber der Maschinenfabrik Gmeiner & Co. mit Gleisanschluss errichtet wird. Diese Vieh- und Markthalle sichert die Veranstaltung größerer Zuchtweisschauen und die Abhaltung größerer Verbandsmärkte und der mühsamsten Zuchtviehversteigerungen. Die Viehhalle kommt auf 170 000 M.; hierzu leistet das Reich einen Zuschuß von 30 000 M., das badische Ministerium des Innern 20 000 M., verbleibendes Darlehen 50 000 M. und sonstige Kapitalaufnahme 70 000 M. Die Halle wird so groß, daß 268 Stück Großvieh aufgestellt werden können, und zwar in vier Doppelständerreihen. Mit dem Bau dieser großen Viehhalle, die vorwiegend im landwirtschaftlich und zuchtweisschauen Gebiet nun zu stehen kommt, wird noch diesen Monat begonnen.

Oberbürgermeister Vinz in Lehr, der bekanntlich am 16. Juli seinen Rücktritt erklärte und bis jetzt beurlaubt war, hat nunmehr dem Stadtrat seine endgültige Amtsniederlegung mitgeteilt. Der Stadtrat beschloß, die wegen der Wahl eines Amtsnachfolgers erforderlichen Maßnahmen alsbald zu treffen. Die Stelle soll aber einstweilen nicht ausgeschrieben werden.

Der **Gemeindehaushalt** von Wolsch 1929/30 weist bei 319 700 M. Ausgaben und 269 611 M. Einnahmen einen ungedeckten Aufwand von 50 089 M. auf. Folgende Umlagen sind vorgesehen: Auf das Grundvermögen 1 M., Betriebsvermögen 0,40 M. und Gewerbeertrag 7,50 M.

Jeder 21. Freiburger wird öffentlich unterstützt. Nach statistischen Erhebungen wurden in Freiburg am Ende des ersten Vierteljahres 4292 Personen laufend öffentlich unterstützt. Auf 1000 Einwohner berechnet, macht das 47,44 Unterstützte aus. Der Durchschnitt der Großengruppe C, zu der Freiburg gehört, beträgt jedoch nur 35,89. Es wird also jeder 21. Freiburger öffentlich unterstützt. Im ersten Vierteljahr hat die Stadt Freiburg für Jünglingskassen 1,14 Mill. Reichsmark zu tragen gehabt.

Finanznot der Städte. In der Stadterordnetenversammlung von Rehl wurde ein Stadterordneter zu größter Sparsamkeit, da die Stadt zum 1. September noch nicht einmal die Gehälter voll auszahlen konnte. Der Oberbürgermeister erklärte, nicht nur Rehl, sondern auch andere Städte seien in großer finanzieller Not. Da das Provinzialamt keine Gelder mehr auszahlte, müßte die Regierung aushelfen.

Kurze Nachrichten aus Baden

W. W. Kistler, 2. Sept. Gestern Abend starb im Alter von 81 Jahren einer der wirtschaftlich bedeutendsten Bürger unserer Stadt, Badensfabrikant Karl Weller. Er hat in 36-jähriger zäher Arbeit seinen Betrieb von den kleinsten Anfängen zu einem Unternehmen ausgebaut, das in Deutschland und auch im Auslande einen guten Ruf genießt.

R. B. Bruchsal, 2. Sept. Lebende Katten gesucht! so lautet ein Inserat in den Bruchsaler Zeitungen. Des Käufers Lösung ist einfach. Die Katten werden benötigt für die vom Verein für Hundefreunde für Bruchsal und Umgebung anlässlich der großen Ausstellung für Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Industrie vom 28. September bis einschließlich 2. Oktober d. J. vorgehene Kattenfängerprüfung.

W. W. Furtwangen, 3. Sept. Der ehemalige englische Ministerpräsident Lloyd George traf heute mittag mit Begleitung von Freunden kommend, hier ein. Furtwanger Trachtenmädchen überreichten ihm zur Begrüßung Blumen. Im Gasthaus „Zum Dörsen“ nahm Lloyd George das Mittagessen ein und besichtigte darauf die historische Ahrenausstellung und die Ahrenfabrik vorm. L. Furtwängler & Söhne. Nachmittags reiste Lloyd George nach Konstanz weiter, wo er sich mit dem englischen Vorkämpfer in Rom trifft und sich dann nach Friedrichshafen zum Empfang des „Graf Zeppelin“ begibt.

D. J. Freiburg, 2. Sept. Der riesige Andrang während der Katholikentage und die spätkommerliche Hitze hatte naturgemäß die Unfallstatistik erheblich gesteigert. So wurden während der Tage vom Mittwoch ab etwa in 600 Fällen durch Polizei und Sanitätär Hilfe gebracht. Allein beim Feldgottesdienst am Sonntagmorgen ereigneten sich 316—318 Fälle von Ohnmacht, Hitzschlägen usw. Die chirurgische Klinik wurde gestern vormittag in 10 Fällen schwerer Verletzung in Anspruch genommen. Die Ziffer der Unfälle wäre zweifellos noch größer ausgefallen, hätte der Organisations- und Hilfsdienst nicht so musterhaft funktioniert.

W. W. Freiburg i. Br., 2. Sept. Der Kunzins Bacelli hat heute Abend mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug kurz nach 7 Uhr die Rückreise nach Berlin angetreten. Im Freiburger Münster fand vor der Abfahrt eine liturgische Andacht statt, der viele Tausende von Gläubigen beiwohnten. Der Kunzins wurde im Kraftwagen von Weihbischof Dr. Burger nach dem Bahnhof geleitet, wo gleichfalls eine große Menschenmenge ihn erwartete. Nachdem er den Versammelten den Segen erteilt hatte, bestieg er mit seinem Sekretär, Vater German, den Zug nach Berlin.

H. D. Steißlingen b. Sins, 31. Aug. Über die Steißlinger Gegend ging ein schweres Unwetter nieder, das mit einem außerordentlich schweren Hagelschlag begleitet war. Der angerichtete Schaden ist noch nicht abzuschätzen. Die Hagelkörner erreichten die Größe eines Hühnerkies und prasselten mit fürchterlicher Gewalt nieder.

In Bad Ems erschloß am Sonntagabend ein Verhafteter einen Polizeibeamten und floh. Der Flüchtige wurde am Montag von der Polizei im Dorfe Rievern gefasst und von einem Beamten erschossen, als er auf ihn anlegte. Er ist ein langgesuchter mehrfacher Raubmörder Bieluf aus Sorau (Niederlausitz).

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	3. September		2. September	
	Beid.	Deut.	Beid.	Deut.
Amsterdam 100 G.	168.16	168.50	168.14	168.48
Kopenhagen 100 Kr.	111.72	111.94	111.72	111.94
Italien . . . 100 L.	21.95	21.99	21.94	21.98
London . . . 1 Pfd.	20.343	20.383	20.348	20.388
New York . . . 1 D.	4.1965	4.2045	4.198	4.206
Paris . . . 100 Fr.	16.42	16.46	16.41	16.45
Schweiz . . . 100 Fr.	80.76	80.92	80.76	80.92
Wien 100 Schilling	59.09	59.21	59.09	59.21
Prag . . . 100 Kr.	12.425	12.445	12.425	12.445

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. August haben sich die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen zusammen um 22 Mill. auf 2491,5 Mill. Reichsmark erhöht, und zwar haben die Goldbestände um 6,4 Mill. auf 2183,4 Mill. Reichsmark zugenommen, die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 4,2 Mill. auf 308,1 Mill. Reichsmark abgenommen. — Die Deckung der Noten durch Gold allein betrug 44,6 Prozent gegen 52,4 Prozent in der Vorwoche, diejenige durch Gold und bedungsfähige Devisen 50,9 Prozent gegen 59,9 Prozent.

Wiederherstellung des Bankheimnisses gefordert. Der „B. Z.“ zufolge, haben der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Deutsche Genossenschaftsverband, der Deutsche Sparkassen- und Giroverband, der Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften und der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften gemeinsam in einer Eingabe an den Reichstag die Wiederherstellung des Bank- und Sparkassenheimnisses und eine entsprechende Abänderung der Reichsabgabenordnung gefordert. Die Antragsteller glauben, daß durch die Wiedereinführung des Bankheimnisses, die bereits vor 5 Jahren gefordert, damals aber abgelehnt worden war, die Neubildung inländischen Kapitals wesentlich gefördert werden könne.

Zusammenschluß in der südbadischen Textilindustrie. Die beiden Firmen Verberich & Cie. und Verberich J. Söhne in Säckingen, mechanische Webereien und Druckerien, sollen zu einer Aktiengesellschaft, unter Weiterführung des Betriebes in der bisherigen Weise, zusammengeschlossen werden.

Staatsanzeiger

Dem thüringischen Museum in Eisenach wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt. Karlsruhe, den 29. August 1929.

Der Minister des Innern.

J. A. Schwarz.

Bekanntmachung

Rückkehr des Luftschiffes „Graf Zeppelin“.

In Absprache mit anderen deutschen Unterrichtsverwaltungen wird angeordnet, daß die Schulen am Tage der Rückkehr des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ nach Deutschland oder am nachfolgenden Schultage in Schulfeiern die Leistung und Bedeutung des Weltfluges und den Erfolg deutscher Arbeit würdigen. Nach der Feier ist schulfrei zu geben.

Karlsruhe, den 2. September 1929.

Der Minister des Kultus und Unterrichts
Leers.

